

Inhalt

1-2 Im Blickpunkt

- „Zusammenhalten in unseren Städten“
- Vielfalt zusammen gestalten – wir sehen uns in Dortmund!

3-8 Foren der Hauptversammlung

- Forum A: Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu
- Forum B: Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt
- Forum C: Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit
- Forum D: Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier
- Forum E: Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam
- Interfraktionelle Frauensitzung: Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten

10-13 Forum

- Die Mobilität der Zukunft
Von Helmut Dedy
- In diesen Wochen entscheidet sich die Zukunft der Grundsteuer
Von Verena Göppert

14 Personalien

16 Termine

Motto der Hauptversammlung: „Zusammenhalten in unseren Städten“

Fest miteinander verbunden bleiben. Zueinanderstehen. Laut Duden sind diese Ausdrücke Synonyme für das Wort „Zusammenhalten“. Genau darum geht es bei dem Motto unserer Hauptversammlung: In einer Welt, die unübersichtlicher und einer Gesellschaft, die vielfältiger wird, wollen wir in unseren Städten zueinanderstehen.

Politisch bewegte Zeiten stellen die Solidarität in unserer Gesellschaft auf die Probe. Gerade deshalb setzen die deutschen Städte ein Zeichen der Verbundenheit.

Bei der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund wenden wir uns den drängenden Themen in unseren Städten zu. In fünf Themenforen geht es um Integrationspolitik, Zusammenhalt im europäischen und internationalen Kontext, generationengerechte Haushalts- und Sozialpolitik, nachhaltige Mobilität sowie den Beitrag der Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Außerdem wird uns beschäftigen, wie digitale Medien die politische Kommunikation verändern und was daraus für unser Zusammenleben folgt.

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages ist der Ort, an dem wir das Verbindende betonen, aber auch Herausforderungen offen benennen. Wie kann bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden? Wie gehen wir mit neuen Formen der Mobilität um? Was haben Gleichwertige Lebensverhältnisse mit Zusammenhalt zu tun? Diese Themen werden eine Rolle spielen, auch in unseren Forderungen an Bund und Länder.

Wir freuen uns auf gute Gespräche und wichtige Diskussionen bei der Hauptversammlung in Dortmund.



Markus Lewe

Präsident des Deutschen Städtetages
Oberbürgermeister der Stadt Münster



Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Vielfalt zusammen gestalten – wir sehen uns in Dortmund!

„Zusammenhalten in unseren Städten“ lautet das diesjährige Motto der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund, zu der ich Sie herzlich willkommen heiße. Ich freue mich, Sie im Namen des Deutschen Städtetages und der gastgebenden Stadt Dortmund begrüßen zu dürfen.

Das diesjährige Motto für das Spitzentreffen der kommunalen Verantwortlichen und die bedeutendste kommunalpolitische Veranstaltung in Deutschland stehen sowohl für die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen als auch für die Chancen, die sich daraus ergeben. Unsere Städte sind mehr als Arbeitsplatz oder Wohnort. Sie sind Raum zum Leben, sie stiften Identität und ermöglichen Teilhabe. Gerade in Zeiten von Veränderungen und Umbruch sind das Miteinander und der Zusammenhalt das Fundament für eine funktionierende Gesellschaft.

Denn auch wenn die Anforderungen für jede Gemeinde verschieden sind, gestaltet die Kommune das direkte Umfeld ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie stellt die notwendige Infrastruktur für Arbeit und Freizeit bereit, ist verantwortlich für ausreichenden Wohnraum und attraktive Freizeitangebote.

Als ehemalige Montanstadt mit wachsender Bevölkerungszahl von derzeit rund 602.000 Einwohner*innen hat Dortmund einen erfolgreichen Strukturwandel zum Dienstleistungs-, Technologie- und Wissenschaftsstandort vollzogen. Als größte Stadt der Metropole Ruhr, in direkter Nachbarschaft zu den Städten mit vergleichbarer Industriegeschichte haben wir Erfahrung mit der Bedeutung von Zusammenhalt und dem daraus resultierenden politischen Gestaltungsauftrag.

Die einzigartige geografische Nähe der Städte der Metropole Ruhr schafft eine Verbundenheit und steht für eine individuelle Identitätsbildung – unabhängig von ethnischer Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit. In Dortmund und den benachbarten Kommunen stellen Migrant*innen eine zunehmend größere Bevölkerungsgruppe dar, die eine entsprechend größere Aufmerksamkeit verdient.

Hier sind wir als Kommunen gefordert, sozial nachhaltige Strategien zu entwickeln, um den bevölkerungstypischen Bedarfen gerecht zu werden und uns als Kommune zukunftsfähig und tolerant aufzustellen.

Denn nur ein gemeinsames Handeln schafft Vertrauen und begegnet Unsicherheiten. Dem umfangreichen Nachhaltigkeitsmanagement der Stadt liegt eine Vielzahl beteiligungsorientierter erarbeiteter und damit gesamtgesellschaftlich getragener Stadtentwicklungskonzepte und Masterpläne zugrunde. Das Dortmunder Modell der partizipativen Stadtentwicklung unterstützt die Bildung von Allianzen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, fördert den Dialog und die Vernetzung, qualifiziert politische Entscheidungen und schafft darüber ein Höchstmaß an Transparenz.

Darüber hinaus fördern wir in Dortmund die wirtschaftliche Entwicklung, indem wir die notwendigen Rahmenbedingungen für Wachstum schaffen und so Arbeit und Beschäftigung sichern. Durch ökologisch nachhaltiges Agieren und Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz nehmen wir unsere Verantwortung zum Klimaschutz wahr, denn auch hier gilt: global denken – lokal handeln.

Das Thema „Digitalisierung“ spielt für die Zukunft unserer Städte eine entscheidende Rolle. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, das immense Potenzial der Digitalisierung sinnvoll zu nutzen. Mit der Auszeichnung als „Digitalste Stadt“ vom 19. September 2018 stellen wir uns beständig der großen Herausforderung, die soziale Teilhabe der Menschen mit Blick auf das Megathema Digitalisierung zu gewährleisten.

Dortmund ist – als größte Stadt Westfalens und der Metropole Ruhr – eine moderne, weltoffene und lebendige Stadt. Wir stellen uns den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft mit einem schlüssigen und bereits erfolgreichen Zukunftskonzept.

Sie sind herzlich dazu eingeladen, gemeinsam mit uns auf Entdeckungsreise zu gehen und sich von der Vielfalt in Dortmund überraschen zu lassen.

Ich freue mich auf die gemeinsame Begegnung und den offenen Austausch mit Ihnen bei der Hauptversammlung 2019 in Dortmund.



Ullrich Sierau

Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu

Die Fluchtmigration und die damit einhergehenden Herausforderungen haben die öffentliche Diskussion geprägt und prägen sie bis heute. In der Gesellschaft kann eine Polarisierung entlang der Frage um die Flüchtlingszuwanderung festgestellt werden. Zentrale Aufgabe der Städte ist es, das soziale Zusammenleben vor Ort zu gestalten, die Integration von zugewanderten Menschen ist dabei ein wesentlicher Punkt. Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Städten nach der Fluchtmigration in den letzten Jahren? Welchen Stellenwert hat die Integration? Mit diesen Fragen wird sich das Forum beschäftigen.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Vorsitzender des
Sachverständigenrates
deutscher Stiftungen
für Integration und
Migration



„Sozialer Zusammenhalt kann sich nur dort entwickeln, wo Menschen einander begegnen und kennenlernen. Deshalb ist es wichtig, dass Städte Räume bieten, in denen solche Begegnungen – über das Zusammentreffen in der Kita, in der Schule, am Arbeitsplatz hinaus – stattfinden können und allen offenstehen, auch den neu Zugewanderten. Städte können beispielsweise Akteure vor Ort fördern, die Flüchtlinge bei Behördengängen oder der Arbeitsplatzsuche unterstützen oder gemeinsame Freizeitaktivitäten anbieten. Damit die Integration gelingt, ist zielgruppengerechte Sprachförderung besonders wichtig.“

„Osnabrück lebt als Friedensstadt den Leitgedanken ‚Frieden als Aufgabe – dem Frieden verpflichtet‘ und ist stolz auf ihre gelebte Vielfalt. Zugewanderte sind seit Jahrzehnten Teil der Bürgerschaft. Anhaltend hohe Wanderungsintensitäten, eine wachsende diverse Gesellschaft, aber auch aktuelle Fluchtbewegungen erfordern jedoch ein neues Denken im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsmanagements bei dem Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgergesellschaft und Institutionen eng zusammenarbeiten.“



Wolfgang Griesert

Oberbürgermeister
der Stadt Osnabrück und
Stellvertreter des Präsidenten
des Deutschen Städtetages

Serap Güler

Staatssekretärin für
Integration im Ministerium
für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes
Nordrhein-Westfalen



„Mehr als 4,6 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Einwanderungsgeschichte. Vielfalt und Zusammenhalt machen unsere Stärke aus. 87 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich ihrer Heimatstadt verbunden. Das belegt das aktuelle Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. NRW ist ein weltoffenes Land, in dem Integration gelingt. Unsere Kommunen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Denn: wie schnell und wie gut Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort, wo die Menschen leben. Trotz des guten Integrationsklimas in Nordrhein-Westfalen stehen unsere Städte weiter vor großen Herausforderungen. Wir als Landesregierung unterstützen sie dabei.“

Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt

Die Alterung der Gesellschaft führt zu hohem Kostendruck. Gleichzeitig müssen die Kommunen flexibel auf neue gesellschaftliche Anforderungen reagieren können, zum Beispiel mit dem Ausbau der Kinderbetreuung. Verteilungskonflikte zwischen „Jung“ und „Alt“ sind zu lösen. Gleichwohl: Grundsätzlicher Maßstab für die Haushaltspolitik ist der jährliche Ausgleich zwischen Erträgen und Aufwendungen. Zu bedenken ist: Für welche Zwecke werden Steuermittel eingesetzt und mit welchen Wirkungen? Wo bestehen Gestaltungsspielräume? Städtische Bilanzen bieten der Politik eine Entscheidungsgrundlage für Generationengerechtigkeit und nachhaltiges Handeln.

Katja Dörner
Stellvertretende
Vorsitzende
der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen



„Eine generationengerechte Haushalts- und Sozialpolitik kann nur gelingen, wenn wir uns an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Jahrgänge Politik machen und auf diesem Weg Generationen gegeneinander ausspielen. Gestaltungschancen müssen auch in der Zukunft gewahrt bleiben. Die „schwarze Null“ ist kein Wert an sich. Vielmehr bedarf es jetzt einer Investitionsoffensive: sei es im Klimaschutz, in der Bildung, beim Ausbau von Kitaplätzen oder bezahlbarem Wohnraum. Denn davon profitieren letztendlich alle Generationen.“

„Nachhaltige Finanzpolitik heißt für mich, dass wir durch gesunde Staatsfinanzen die Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte legen. Dazu gehören Investitionen in Bildung, Wachstum und Arbeitsplätze, damit wir den Wohlstand in unserem Land sichern. Sachsen ist Vorreiter bei der Schuldenbremse, weil wir nachkommenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen wollen.“



Dr. Matthias Haß
Sächsischer Staatsminister
der Finanzen

Prof. Dr. Carsten Kühl
Geschäftsführer und
Institutsleiter des
Deutschen Instituts
für Urbanistik



„Gesellschaftliche Veränderungen werden auf der kommunalen Ebene zumeist unmittelbar spürbar. Mehr Kinderbetreuung, eine älter und pflegebedürftiger werdende Gesellschaft, Emissionsgrenzwerte von Fahrzeugen, Einkäufe im Internet oder zu wenig bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum – Kommunalpolitik muss darauf reagieren: innovativ, kreativ, aber letztlich auch fiskalisch. Eine spannende Frage ist, wo sind die Kommunen in der Pflicht und wo ist es Pflicht von Ländern und Bund, den Kommunen die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für kluge, zukunftsorientierte Lösungen zu bereiten.“

Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit

Globale Ziele, kommunale Praxis: Herausforderungen wie der Klimawandel, die weltweite Armut oder der wachsende Urbanisierungsdruck fordern die Städte in Deutschland, in Europa und weltweit. Welchen Beitrag leisten Kommunen zur Erreichung der Klimaziele oder zur Bekämpfung von Fluchtursachen und wo kommen sie an Grenzen? Wie können die abstrakten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für deutsche Städte übersetzt werden? Welche Erwartungen haben insbesondere Jugendliche mit Blick auf die Zukunft an ihre Stadt? Wir wollen gemeinsam globale Ziele debattieren und ihre Bedeutung und Umsetzbarkeit für Städte diskutieren.

Lisa Neubauer
Sprecherin der
Jugendklimainitiative
„Fridays for Future“



„Der Klimawandel führt zur größten Krise der Menschheit. Wir ziehen die Notbremse, denn unsere Zukunft ist in Gefahr. All das, was verschlafen wurde, wird auf unsere Kosten gehen und auf die Kosten des Planeten. Wir sind eine Protestbewegung, die an ganz klare zeitliche Limits gebunden ist und an physikalische Grundsätze, die unser Weltklima bestimmen. Wir müssen gemeinsam umdenken und begreifen, dass unser Planet endlich ist. Von der Politik auf allen staatlichen Ebenen und den Städten erwarten wir, dass sie die Augen aufmachen und entsprechend handeln. Wir brauchen eine Veränderung und deswegen gehen wir auf die Straßen und streiken.“

„Städte spielen eine entscheidende Rolle für die weltweite nachhaltige und ressourcenschonende Entwicklung. Die westfälische Metropole Dortmund lebt einen integrierten Nachhaltigkeitsansatz und wurde dafür 2014 als Deutschlands nachhaltigste Großstadt ausgezeichnet. Wir betreiben eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungspolitik. Das heißt, alle unsere Maßnahmen und Handlungen prüfen wir auf ihre ökonomische, ihre soziale, ihre ökologische und ihre zivilgesellschaftliche – und damit ihre nachhaltige – Bedeutung hin.“



Ullrich Sierau
Oberbürgermeister
der Stadt Dortmund

Marlehn Thieme
Präsidentin
der Welthungerhilfe



„Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ist für die Zukunft junger Menschen entscheidend – in Deutschland und in den Ländern des Südens. Es braucht Bildung und Verständnis für die Situation der Menschen in anderen Kontinenten. Damit können im täglichen Leben wie auch in Politik und Wirtschaft Lösungen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Kampf gegen den Klimawandel gefunden werden, die jungen Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen.“

Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier

Welchen Beitrag leisten Kunst und Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt? Dieser Frage geht das Forum im Spannungsfeld von „Hochkultur“ und Freier Szene zwischen Stadtzentrum und Quartier nach. Mit Hochkultur sind die etablierten Einrichtungen in der Stadt gemeint – das Stadttheater, das Konzerthaus, das Kunstmuseum. Die Freie Szene umfasst die komplette Bandbreite freier Kultur- und Kunstinitiativen von der Soziokultur bis zur Bildenden Kunst. Die Grenzen zwischen den Modellen weichen auf, auch weil gesellschaftliche Entwicklungen wie Migration, Digitalisierung, Globalisierung neue Impulse für Kultur und Quartier bringen. Hochkultur und Freie Szene gehen zunehmend gemeinsame Wege – das eröffnet Chancen für ihre jeweiligen Standorte in Quartieren oder Stadtzentren.

Ulrich Aengenvoort
Direktor
des Deutschen
Volkshochschulverbandes



„Zusammenleben funktioniert nur dann, wenn sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Milieus mit Interesse, Verständnis und Respekt begegnen. Kulturschaffende sind wichtige Akteure in diesem Prozess: Sie bauen Brücken, erleichtern Verständigung und gesellschaftliche Teilhabe. Und auch die Volkshochschulen können eine zentrale Rolle spielen: Sie sind bestens vernetzt, bieten einen niedrigschwelligen Zugang zu neuen Themen und Handlungsfeldern, eröffnen Räume der Begegnung, des Austauschs und der kulturellen Selbsterfahrung. Ressentiments abzubauen und Zusammenhalt zu fördern, ist ihnen ein wichtiges Anliegen.“

„Regional und im internationalen Kontext entstehen in der Freien Szene facettenreiche künstlerische Projekte. Die Auseinandersetzung mit der Stadtgesellschaft spielt dabei eine große Rolle. Arbeitsweisen und -prozesse beziehen bewusst Themen des Quartiers ein, bieten Reflexionsräume und Möglichkeiten der Begegnung. Der künstlerische Zugang betont dabei die Vielschichtigkeit der Perspektiven sowie den Prozess der Entstehung und entfaltet damit gesellschaftliche Wirkkraft. Städte und Kommunen können bei Stadtentwicklung und Gestaltung von Quartiersräumen unterstützen, damit sich dieses Potenzial voll entfalten kann.“



Janina Benduski
Vorsitzende des
Bundesverbandes für Freie
Darstellende Künste

Marianne Grosse
Beigeordnete der
Stadt Mainz
im Dezernat für Bauen,
Denkmalpflege und Kultur



„Wir sind in Mainz stolz darauf, dass wir eine vielfältige Kulturlandschaft haben. Das Publikum fragt unterschiedlichste Angebote nach, die von Hochkultur bis hin zur Freien Szene reichen und sich immer mehr den klassischen Kategorien entziehen – und das ist gut so, weil es ein größeres Maß an Freiheit und Kreativität bedeutet. Das spüren wir in unserer Stadt vor allem an starken und fruchtbaren Kooperationen unterschiedlichster Akteure. Damit stärkt die Kultur den Zusammenhalt und schafft Gemeinschaft, im Zentrum ebenso wie in den Stadtteilen. In der Weiterentwicklung dieser Kulturaspekte sehe ich eine wichtige Aufgabe der Stadtpolitik.“

„Kunst und Kultur sind wesentliche Treiber für nahezu alle Dimensionen von Stadtentwicklung. Sie spielen gerade auch für den Zusammenhalt einer superdiversen Stadtgesellschaft in den Quartieren eine zunehmend wichtige Rolle. Dialog, Identitätsfragen, das Zulassen von Widersprüchen sind wichtige Stichworte. Frei zugängliche „dritte“ Orte für die Begegnung, das Kennenlernen, den Austausch, das gemeinsame Agieren in einem – im weitesten Sinne – kulturellen Kontext zu schaffen, ist eine Aufgabe der Stadt in Zusammenarbeit mit etablierten Institutionen, Freier Szene, Künstlerinnen und Künstlern, Vereinen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.“



Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim und
Mitglied im Präsidium des
Deutschen Städtetages

Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam

Verkehrsstau, zugeparkte Innenstädte, Luftqualität und Fahrverbote – Fragen der Verkehrspolitik sind in aller Munde. Der Deutsche Städtetag hat im Positionspapier „Nachhaltige Mobilität für alle“ die Themen der Verkehrswende adressiert. Wie kann nachhaltige Mobilität mit leistungsfähigem ÖPNV, Elektromobilität, Rad- und Fußverkehr gelingen, mit weniger Autos mit Verbrennungsmotoren? Wie lassen sich Lärm- und Schadstoffbelastungen verringern? Und wie stellen sich die Vertreterinnen und Vertreter des Automobilverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs und des Rad- und Fußverkehrs zu den Herausforderungen?

Michael Ebling
Oberbürgermeister
der Stadt Mainz und
Mitglied im Präsidium
des Deutschen
Städtetages



„Die Idee der Verkehrswende ist mittlerweile über dreißig Jahre alt. Es ist höchste Zeit, in die konkrete Umsetzung zu kommen. Der Bund ist nun mit seinem Klimakabinett gefordert, die Eckpunkte zu CO₂-Einsparungen im Verkehr zu klären und der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität an die Hand zu geben, damit sie weiter an einem Konzept für eine zukunftsfähige, nachhaltige und klimafreundliche Mobilität arbeiten kann. Der Bund muss sich dazu bekennen, welche Formen der Förderung mit wieviel Mitteln und welche regulativen Maßnahmen unterstützend auf den Weg gebracht werden sollen. Sonst werden wir uns zwischen den widerstreitenden Haltungen weiter im Kreise drehen und wertvolle Zeit verlieren.“

„Die Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur ist der Schlüsselfaktor, der über Verkehrsmittelwahl, Verkehrsverhalten sowie die Lebens- und Umweltqualität entscheidet. Wir brauchen eine großzügig dimensionierte Verkehrsinfrastruktur, die zu körperlicher Bewegung einlädt und so eine Änderung des Mobilitätsverhaltens bewirkt, statt sie zu erzwingen. Die Nahmobilität positioniert sich als gesunde ‚Basismobilität‘ neu, die erweitert wird durch intelligente ÖPNV-Angebote. Beides zusammen führt zu einer signifikanten Reduzierung des Autoverkehrs sowie zur Umwandlung der Städte und Gemeinden in grüne, vitale Lebens- und Bewegungsräume.“

Stefan Gerwens
Leiter des Ressorts Verkehr
beim ADAC



„Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Die neue Vielfalt der Mobilität in urbanen Räumen und Regionen ist dafür förderlich. Digitalisierung und Vernetzung ermöglichen Sharing, Pooling und auch On-Demand-Angebote. Öffentlicher Verkehr wird individueller und Individualverkehr öffentlicher. Daneben setzen der Fahrradboom und alternative Antriebe neue Akzente für eine emissionsfreie oder zumindest emissionsarme Mobilität in Städten. Straßenraum ist neu zu gestalten, die Stadtentwicklung erhält neue Perspektiven. Selten war der Wandel der Mobilität so dynamisch und ihre Gestaltung für Städte und Regionen so chancenreich.“

„Mit Blick auf die Klimaschutzziele 2030 müssen wir Mobilität neu denken. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft wollen auch weiterhin effizient, bezahlbar und umweltfreundlich mobil bleiben, während wir gleichzeitig das Verkehrsaufkommen und Emissionen reduzieren müssen. Mehr Mobilität bei weniger Verkehr lautet die Herausforderung in den Städten und in den Regionen. Dies wird nur über den konsequenten Ausbau und die Modernisierung der öffentlichen Verkehrssysteme gelingen. Die Verlagerung von Verkehr hin zu ÖPNV und Eisenbahn ist möglich, wenn wir die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen und Kapazitäten dafür schaffen.“



Ingo Wortmann
Präsident
des Verbandes Deutscher
Verkehrsunternehmen e.V.
(VDV)

Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten

Demokratische Errungenschaften und Werte, unter ihnen auch die Gleichstellung, werden im öffentlichen Diskurs zunehmend in Frage gestellt. Im Forum soll diskutiert werden, welche Auswirkungen dies auf unser Demokratieverständnis insgesamt hat. Was sind Gefahren und wie kann die Debatte vielleicht auch als Chance genutzt werden? Welche Rolle kann die Gleichstellungspolitik dabei einnehmen? In Zeiten richtungsweisender Prozesse und vielfältiger Herausforderungen (Digitalisierung, Globalisierung und Migration) verspüren die Menschen ein Bedürfnis nach Übersichtlichkeit, suchen gleichsam einen Anker. Die Stadtgesellschaft kann ein solcher sein.

Sonja Leidemann

Bürgermeisterin der Stadt
Witten und Vorsitzende
des Frauen- und
Gleichstellungsausschusses
des Deutschen Städtetages



„Als 1949 der Artikel 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ nach langem Kampf ins Grundgesetz aufgenommen wurde, freuten sich mindestens die vier Mütter des Grundgesetzes und ihre zahlreichen Mitstreitenden. 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes gibt es sicherlich in Deutschland viele positive Errungenschaften im Hinblick auf die Gleichstellung. Gleichwohl stellt sich angesichts vieler Herausforderungen, wie dem rechtsstaatlichen Umgang mit Digitalisierung oder Migration, die Frage nach den Gefährdungspotenzialen unserer demokratischen Errungenschaften – hier auch die Gleichstellung –, die in der Stadtgesellschaft am ehesten erlebbar sind.“

„Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Aufgabe!“ – dieser Ausspruch von Marie Zettler, die als Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung vor 100 Jahren zu den ersten Politikerinnen der neu entstandenen deutschen Republik gehörte, verweist auf den Prozesscharakter demokratischen Arbeitens und die Erkenntnis, dass es auch und gerade vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen immer wieder lohnt, an Errungenschaften unserer Demokratie, wie das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Gleichstellung und die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit, zu erinnern und dafür einzutreten.“



Dr. Julia Paulus

Referentin für Frauen- und
Geschlechtergeschichte,
LWL-Institut für westfälische
Regionalgeschichte

Judith Rahner

Bildungsreferentin der
Amadeu-Antonio-Stiftung,
Berlin



„Rechtspopulistische Stimmungen in der Gesellschaft und ein Erstarken antidemokratischer Haltungen gehen mit einem Anstieg von Antifeminismus einher. Es ist eine bekannte rechtspopulistische Strategie, die Standards einer offenen, liberalen, modernen Gesellschaft anzugreifen, umzudeuten und umzukehren. Dementsprechend geraten zivilgesellschaftliche Akteure und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zunehmend unter Druck, denn Gleichwertigkeit, Gender, Feminismus oder Vielfalt sind im Rechtspopulismus Feindbilder, die es zu bekämpfen gilt. Die Anfeindungen von Gleichstellungspolitiken müssen im Blick behalten werden und als das bezeichnet werden, was sie sind: antidemokratisch!“

„Demokratisch ist, wenn Frauen und Männer gleiche Chancen auf Teilhabe und Gestaltung von Gesellschaft haben. Das ist noch lange nicht erreicht. Wir sorgen uns um die Demokratie. Dass Geschlechtergerechtigkeit elementarer Teil davon ist, kommt aber nur langsam im allgemeinen Diskurs an. Dabei ist dies umso wichtiger, je öfter Populisten Frauenrechte in Zweifel ziehen und alte Rollenklischees als zukunftsfähig verkaufen. Es muss also gelingen, die Handelnden in Politik und Verwaltung zu überzeugen, Gleichstellung systematisch in ihrem Tun zu verankern. Gleichstellungsarbeit ist kein Side-Kick, sondern zentraler Handlungsauftrag und Arbeit für die Demokratie.“



Bettina Wilhelm

Landesbeauftragte für
Frauen, Bremen

Für die Gemein- schaft da, hier und dort.

Die
Menschen
in unserem
Land können viel
mehr, als
sie manchmal
glauben. Das wird
besonders
deutlich, wenn sich viele
zusammentun, um für eine Sache einzustehen.

Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens
doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir
auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn
ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und
dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir
Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für rund 50 Millionen Kunden
da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So
stehen wir rund zweieinhalb Millionen **Mittelständlern** zur Seite.
Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und
weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will,
begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft.

Auf die Zukunft ist auch die **Wirtschaft** in unseren Regionen vorbereitet,
weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür
engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir
wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser
Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander
da sein bedeutet, unterstützen wir mit rund 750 regionalen **Stiftungen**
Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und
andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab
es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür
sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit
Leidenschaft für die **Gemeinschaft** einsetzen. Und mit
rund **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da
gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im
Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus **Überzeugung**.

Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir
alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich
hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse
sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer
verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht
selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt?

Nach vorn! Und auf Lösungen für all die kleinen und großen
Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit
sich bringen. Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen.
Erleben auch Sie, wie sinnvoll Gemeinschaftssinn sein kann –
vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm:

www.gemeinsamallemgewachsen.de

TEAM



Top Partner

#GemeinsamAllemGewachsen



Die Mobilität der Zukunft: vernetzt, nachhaltig, bezahlbar und wettbewerbsfähig

Von Hemut Dedy

Das Auto ist das am meisten genutzte Verkehrsmittel in Deutschland – 53 Prozent der Menschen hierzulande nutzen ihr Auto täglich, 21 Prozent mehrmals die Woche. Dieses Ergebnis lieferte jüngst die Umfrage eines renommierten Meinungsforschungsinstituts. Das scheinbar Paradoxe: In der gleichen Umfrage sprach sich die Mehrheit der Befragten dafür aus, lieber öfter mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen zu wollen. Die Befragten äußerten ihre Sorge wegen des Klimawandels, beklagten Staus, überlastete Innenstädte, Luftverschmutzung und Lärm.

Die Mobilität der Zukunft muss für diverse Anforderungen Lösungen anbieten. Immer mehr Menschen und Waren sollen schnell, komfortabel und sicher bewegt und wachsende Städte besser mit dem Umland verbunden werden. Das Ganze natürlich ohne lästige Wartezeiten oder gar Staus, möglichst klimaneutral, emissionsfrei und zu bezahlbaren Preisen. Mit mehr Individualverkehr, klassischem LKW-Güterverkehr und konventionellen Verbrennungsmotoren von heute ist das nicht realisierbar. Aber wie lösen wir diese Aufgabe?

Nachhaltige Mobilität und moderne Städte

Klar ist, wir brauchen möglichst schnell eine Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität. Nur so lassen sich die Klimaziele verwirklichen, Luftverschmutzung und mancherorts drohender Verkehrskollaps vermeiden. Doch worauf ist dabei zu achten? Städte von heute sind vieles gleichzeitig. Sie sind Wohnort und Arbeitsstätte, Marktplatz und Wirtschaftsstandort, hier vermischen sich Freizeit, Arbeit, Wohnen und Bildung und finden sich verschiedene Lebensentwürfe und Interessen.

Die ideale Stadt ist integrativ, vielfältig und sozial ausgeglichen. Und alle (die wollen) gestalten diese Stadt natürlich mit. Denn das ist längst nicht mehr nur der Job von Politik und Verwaltung. Entworfen und fixiert wurde dieses Idealbild der nachhaltigen „europäischen Stadt“ bereits 2007 in der Leipzig Charta. Mobilität ist in einer solchen Stadt ein sehr wichtiger Baustein. Aber es ist eben auch nur ein Baustein von vielen: Eine Dominanz des Pkw- und Lkw-Verkehrs über alle anderen Interessen hinweg, gibt es nicht mehr.

Stadt ohne Auto?

Dass wir uns vom Auto in der Stadt schon sehr bald verabschieden, erscheint eher unwahrscheinlich. Autos werden gerade intelligenter, fahren immer öfter emissionsfrei und wohl bald auch autonom. Die Entwicklung von E-Autos macht Fortschritte, auch wenn unklar ist, wo die notwendige Ladeinfrastruktur herkommt und wo E-Autos samt Ladesäulen in dicht bebauten Stadtquartieren ihren Platz finden sollen. Am hohen Flächenanspruch von Autos und ihrer Ineffizienz ändert diese Entwicklung aber nichts. Im Durchschnitt transportieren Pkw nur 1,4 Menschen pro Fahrt auf der im Vergleich aller Verkehrsmittel in der Stadt größten Fläche pro Fahrgast. Um den öffentlichen Raum, den das Auto über Jahrzehnte vereinnahmt hat, zumindest teilweise an die Menschen zurückzugeben, sind also andere gute Lösungen gefragt: Zweifellos gehört dazu der Umweltverbund aus einem möglichst leistungsstarken öffentlichen Nahverkehr, sicheren Radverkehr und guten Fußwegen.

Carsharing und Pooling?

Prinzipiell ist es eine kluge Idee, ein einzelnes Auto über Carsharing für viele Menschen nutzbar zu machen. Erste Studien zum freien Carsharing lassen jedoch vermuten, dass dadurch mehr Menschen vom Fahrrad oder von Bus und Bahn zurück auf das Carsharing-Auto wechseln. Gleichzeitig ist zweifelhaft, dass Menschen in Folge dieses Carsharing auf ihr privates Auto verzichten. Private Autos werden, wenn überhaupt, durch das so genannte stationsgebundene Carsharing ersetzt.

Pooling, eine Mischung aus Taxi und Linienverkehr, wird derzeit von einigen Städten als eine Art Zubringerdienst erprobt. Damit soll der ÖPNV ergänzt und das Nahverkehrsnetz verdichtet werden. Das funktioniert ganz gut, wo viele Menschen nah beieinander wohnen. Dort finden sich leicht zwei oder mehr Menschen, die gleichzeitig ähnliche Fahrtenziele haben. Doch besteht auch beim Pooling die Gefahr, dass Menschen von der Schiene zurück aufs Pooling-Auto umsteigen. Deshalb geht es den Städten bei allen Neuerungen immer wieder vor allem auch darum, den öffentlich geförderten Nahverkehr zu schützen und

zu stärken. Rund 11 Milliarden Fahrgäste, die im Jahr per ÖPNV unterwegs sind, sollten das auch weiterhin tun. Damit das gewährleistet bleibt, müssen die Städte in ihren Nahverkehrsplänen auch zukünftig regeln dürfen, wo Pooling-Anbieter bestehende Linien ersetzen, ergänzen oder verdichten dürfen. Denn der Markt würde sich ansonsten schnell die ÖPNV-Rosinen aus dem Mobilitätskuchen picken. Und ÖPNV heißt eben nicht, dass die öffentliche Hand nur die Strecken bedient, die die Privaten wegen fehlender Rentabilität nicht bedienen.

Investitionsoffensive für Busse und Bahnen

Das Rückgrat des ÖPNV und einer nachhaltigen städtischen Mobilität sind vor allem Busse und Bahnen. Damit das so bleibt, muss das Bus- und Bahnfahren attraktiver werden. Im Idealfall bringen Busse und Bahnen die Menschen in einer dichten Taktfolge störungsfrei und pünktlich von einem zum anderen Ort. Doch viele Busse und Bahnen sind in die Jahre gekommen. Zu lange reichte vielerorts das Geld nicht, dass es zu ihrer Finanzierung von den Ländern und dem Bund gab. Deshalb brauchen wir eine Investitionsoffensive des Bundes in Schienen und moderne Busse und in die Digitalisierung, denn auch die kann hier viel bewirken.

Die Städte wollen ein Gesamtverkehrskonzept der Bundesregierung und eine gesicherte Finanzierung. Mit insgesamt 20 Milliarden Euro über zehn Jahre verteilt könnten die zentralen Systeme auf ein deutlich besseres Leistungsniveau gebracht werden.

Per Fahrrad oder zu Fuß – eine Alternative?

Der Rad- und Fußverkehr kann für den Klimaschutz in den Städten eine große Rolle spielen. In vielen Städten hat das Rad 15 Prozent Anteil an der Verkehrsleistung. Auch innerhalb der Nationalen Plattform „Zukunft der Mobilität“ der Bundesregierung ist man sich einig, dass diese Verkehrsarten einen wertvollen Beitrag liefern und weiter zu fördern und auszubauen sind. Dafür aber muss die Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr weiter verbessert werden. Diese kommt mit der neuen Mobilität von Elektrokleinstfahrzeugen, den Elektrorollern und vielen anderen Geräten mehr, noch zusätzlich unter Nutzungsdruck. Und das wird absehbar nur auf Flächen stattfinden können, die dem reinen Autoverkehr entzogen werden. Diese Entscheidung müssen wir in den Städten ein ums andere Mal treffen, wenn wir eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse wirklich ernsthaft angehen wollen.

Logistik

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aktuell aus dem rasant wachsenden Onlinehandel. Die Anzahl der Paketsendungen steigt stetig. Rund 4 Milliarden sollen es im Jahr 2020 sein. In der Folge steigt das Verkehrsaufkommen, nehmen Umweltbelastungen und Konkurrenzen auf den Straßen zu. Aber ist es wirklich nötig, dass drei oder fünf oder zehn Kleintransporter von unterschiedlichen Zustelldiensten durch dasselbe Quartier fahren?

Die Städte wollen den Onlinehandel nicht verbieten. Aber wir wollen, dass sich die Logistiker auf der letzten Meile zusammentun und mit einem Elektrofahrzeug oder dem Lastenrad gemeinsam ausliefern. Der Bund fördert und viele Städte gestatten schon sogenannte Mikrodepots, die das ermöglichen, was gut ist. Aber wenn das nicht hilft, dann muss der Gesetzgeber regulieren.

Die Stadt in ihrer Region – Verkehr großräumiger denken

Viel Potenzial für bessere Mobilitätslösungen ergibt sich, wenn wir den Verkehr stärker noch als bislang in Regionen denken. Viele Groß- und Universitätsstädte, die sich derzeit fragen, wie sich die Herausforderung durch zu wenig bezahlbaren Wohnraum lösen lässt, erkennen gerade besonders deutlich, wie eng Wohnen und Verkehr zusammengehören.

Künftig wollen wir vor allem die Pendler-, Freizeit- und Einkaufsverkehre stärker und entschiedener in den Blick nehmen, denn sehr viele Menschen pendeln mit dem eigenen Auto, das gleichermaßen dazu dient, Erholungs- und Freizeitorte, Fachmärkte und den Einzelhandel zu erreichen. Daran können Park and Ride-Plätze etwas ändern, insbesondere aber wirken bessere Angebote zwischen Städten und Umland. Deshalb wollen wir Angebote des ÖPNV schaffen, die so gut sind, dass sie Menschen künftig zu einem Wechsel bewegen. Engere Taktzeiten und moderne Fahrzeuge gehören dazu, ebenso, wie regional und überregional bestens auch mit dem Schienenverkehr und anderen Anbietern verzahnte Angebote. Lassen Sie uns Stadt und Region also stärker gemeinsam denken, die Menschen in den Städten und Regionen tun das auch.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

In diesen Wochen entscheidet sich die Zukunft der Grundsteuer

Von Verena Göppert

In diesen Wochen entscheidet sich die Zukunft der Grundsteuer. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundesgesetzgeber aufgegeben, die veralteten und deshalb nicht mehr verfassungskonformen Bewertungsverfahren bei der Grundsteuer bis Ende 2019 neu zu regeln. Andernfalls darf die Grundsteuer ab kommendem Jahr nicht mehr erhoben werden. Für die kommunalen Haushalte steht dabei viel auf dem Spiel. Die Städte und Gemeinden nehmen derzeit rund 14 Milliarden Euro jährlich durch die Grundsteuer ein. Ein Steuerausfall dieser Größenordnung wäre für die meisten Gemeinden nicht zu verkraften und würde alle bisherigen Finanzkrisen der Kommunen in den Schatten stellen.

Als wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einer Reform hat das Bundesfinanzministerium am 9. April 2019 konkrete Gesetzentwürfe für eine neue Grundsteuer vorgelegt. Der Vorschlag ist aus Sicht der Städte und Gemeinden eine gute Grundlage für den weiteren Reformprozess. Das Bundesfinanzministerium hat in den Entwürfen nicht nur die Maßgaben der Verfassungsrechtsprechung, sondern auch alle wesentlichen Anforderungen des Deutschen Städtetages an eine Grundsteuer-Reform berücksichtigt.

Der Reformprozess wird dennoch immer wieder durch Modell- und Kompetenzstreitigkeiten in Bund und Ländern ausgebremst. Mitursächlich dafür ist, dass Bund und Länder als Gesetzgeber die politischen Kosten für eine Steuerreform scheuen, deren haushaltspolitischer Nutzen nicht dem eigenen Haushalt, sondern den Haushalten der Städte und Gemeinden zugutekommt. Dieses Auseinanderfallen der politischen Kosten und Nutzen der Reform bewirkt, dass in den bundes- und landespolitischen Debatten zu oft sachfremde Erwägungen dominieren. Dabei zeigt die Geschlossenheit auf der kommunalen Ebene bei allen wichtigen Entscheidungen im Reformprozess, dass es klare Antworten auf die Frage gibt, wie eine gemeindliche Grundsteuer richtig auszugestalten ist. Im Deutschen Städtetag besteht Konsens, dass die Grundsteuer auch zukünftig bundeseinheitlich und wertorientiert ausge-

staltet sein soll. Außerdem wollen die Städte und Gemeinden weiterhin selbstständig über die Höhe der Grundsteuer-Hebesätze entscheiden.

Grundsteuer konsequent als Gemeindesteuer ausgestalten

Die drei zentralen Anforderungen der Städte an eine Grundsteuer-Reform – bundesgesetzliche Regelung, Wertorientierung, Hebesatzrecht – ergeben sich aus der speziellen Funktion der Steuer als Gemeindesteuer. Eine Gemeindesteuer soll möglichst alle Einwohner und ortsansässige Unternehmen in gerechter Weise an den Kosten für die allgemeinen Infrastrukturleistungen der jeweiligen Gemeinde beteiligen. Eine allgemeine Grundsteuer ist hierfür besonders gut geeignet. Denn im Regelfall nutzen alle Einwohner und Unternehmen einer Gemeinde auch örtlichen Grundbesitz, sodass sich niemand der Grundsteuer und damit einem Kostenbeitrag zu den allgemeinen Infrastrukturleistungen der Gemeinde entziehen kann.

Eine bundeseinheitliche Regelung stellt dabei sicher, dass Kommunen nicht in einen unfairen Steuerwettbewerb abgleiten, bei dem ausgewählte Gruppen von Grundstücksnutzern aus Gründen des Standortwettbewerbs steuerlich privilegiert werden. Ferner ist eine bundeseinheitliche Regelung sinnvoll, damit überregionale Unternehmen sich nur mit einem steuerlichen Bewertungsrecht auseinandersetzen müssen, statt mit bis zu 16 verschiedenen Ländergesetzen. Schließlich ist eine bundesgesetzliche Regelung entscheidend, um die IT-Kosten in den Steuerverwaltungen durch eine gebündelte Beschaffung von IT-Leistungen gering zu halten.

Eine wertabhängige Bemessungsgrundlage wird von kommunaler Seite gefordert, weil der Wert jedes Grundstücks maßgeblich davon abhängt, wie gut das Grundstück an die gemeindliche Infrastruktur angebunden ist. Die Kosten für die örtliche Infrastruktur werden so gerecht verteilt. Außerdem wird auf diese Weise sichergestellt, dass nachhaltige Infrastruktur-

Investitionen der Gemeinden über die dadurch bewirkten Steigerungen der Grundstückswerte auch die notwendige Steuerkraft vor Ort schaffen, um diese Investitionen langfristig refinanzieren zu können.

Die Reform muss aber auch allen Anforderungen des Grundgesetzes genügen. Die Alternative eines wertunabhängigen Grundsteuerrechts birgt hohe verfassungsrechtliche Risiken: Im Schrifttum ist umstritten, ob eine wertunabhängige Grundsteuer als Bundesgesetz erlassen werden und ob dafür die fünfjährige Übergangsregelung für die alte Grundsteuer in Anspruch genommen werden kann. Ferner wird im Schrifttum infrage gestellt, ob eine wertunabhängige Grundsteuer wegen der willkürlichen Bewertungsfaktoren mit dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist. Angesichts solcher Fundamentalkritik erscheint es aus kommunaler Sicht zu riskant, diese konzeptionelle Idee weiterzuverfolgen.

Das Hebesatzrecht ist für Gemeindesteuern wichtig, damit das steuerliche Belastungsniveau an den jeweiligen örtlichen Finanzbedarf angepasst werden kann. Aber nicht jede Steuer ist gleichermaßen für die Kombination mit einem Hebesatzrecht geeignet. Denn viele Steuerpflichtige werden bei Hebesatzdifferenzen zwischen den Gemeinden versuchen, durch bloße Steuergestaltungen Steuern zu sparen. Städte und Gemeinden unterliegen dabei wegen ihrer Kleinräumigkeit einem besonders harten Wettbewerb. Eine (wertorientierte) Grundsteuer hat hier den Vorteil, dass sie nicht durch kreative Steuergestaltung umgangen werden kann. Wer ein Grundstück in einer Gemeinde nutzen möchte, kommt an dieser Steuer auch mit Hilfe der besten Berater nicht vorbei.

Damit die Grundsteuer aber auch tatsächlich von allen Einwohnern als Finanzierungsbeitrag zu den gemeindlichen Infrastrukturleistungen wahrgenommen wird, müssen neben den Selbstnutzern auch die Mieter von Grundstücken die Zahllast der Grundsteuer tragen. Daher wäre es aus finanzpolitischer Sicht wünschenswert, dass die Grundsteuer auch weiterhin über die Nebenkosten auf die Mieter umgelegt werden darf.

Die bisherigen Verfahren zur Grundstücksbewertung müssen aber nicht nur – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – an die aktuellen Marktgegebenheiten

angepasst werden. Die Reform des Bewertungsrechts muss auch eine Grundlage dafür schaffen, dass die Grundsteuer zukünftig in einem hochgradig automatisierten Prozess administriert werden kann. Standardfälle, wie die Bewertung von Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern oder Mietwohngrundstücken, müssen im Finanzamt vollautomatisiert abgearbeitet werden können. Das setzt voraus, dass die neuen Bewertungsverfahren mit möglichst wenigen grundstücksindividuellen Informationen auskommen. Ferner müssen alle bereits bei der öffentlichen Hand vorhandenen Grundstücksdaten auch für die Grundsteuerbewertung erschlossen werden. Das betrifft vor allem die kommunalen Vermessungs-, Kataster- und Bauämter sowie die Gutachterausschüsse, die ihre Datenbestände zukünftig verstärkt der Finanzverwaltung zur Verfügung stellen müssen.

Planungssicherheit schaffen, Aufkommen sichern

Die Gesetzentwürfe des Bundesfinanzministeriums vom 9. April 2019 für ein Grundsteuerreformpaket erfüllen die vorgenannten Anforderungen in ausgewogener Weise. Deshalb appellieren die Städte und Gemeinden eindringlich an die Regierungsfractionen im Bund und an die Länder, diesen Reformprozess jetzt mit aller Kraft voranzubringen.

Die Städte und Gemeinden bekennen sich dabei zu dem Ziel von Bund und Ländern, die Reform aufkommensneutral für Bürger, Unternehmen und Kommunen zu gestalten. Mit einem kommunalen Hebesatzrecht und entsprechenden Übergangsregelungen in den Finanzausgleichssystemen lässt sich dieses Ziel auch erreichen.

Eines ist dabei deutlich herauszustellen: Die Verantwortung für eine fristgerechte Reform der Grundsteuer im Weiteren liegt allein bei Bund und Ländern. Deshalb werden Bund und Länder auch vollumfänglich für alle gemeindlichen Steuerausfälle einstehen müssen, die durch weitere Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren entstehen.

Verena Göppert
Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter
unter  **@staedtetag**.

Deutscher Städtetag



Gesundheitsausschuss: Zum neuen Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetages wurde im April Stadtrat **Stefan Majer** aus Frankfurt am Main gewählt. Majer engagiert sich seit 2017 als Mitglied im Ausschuss und folgt auf Anne Janz, Stadträtin a. D.

und Dezernentin a. D. der Stadt Kassel. Sie war seit 2011 Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. Im Januar wurde sie zur Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ernannt.

Neu im Amt



Nürtingen: Neuer Oberbürgermeister von Nürtingen wird **Johannes Fridrich**. Er ist parteilos und tritt sein Amt im August 2019 an. Er folgt auf Oberbürgermeister Otmar Heirich, der seit 2004 an der Spitze der Stadt Nürtingen steht und seit 2015 Vorsitzender des Presseaus-

schusses des Deutschen Städtetages ist. Der Sozialdemokrat war nicht mehr zur Wahl angetreten.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, **Frank Klingebiel**, feiert am 9. Juni seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2013 im Präsidium und seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist er Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages.

Er leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt Salzgitter.



Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop, wird am 1. Juni 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2009 an der Spitze der Stadt Bottrop.

Fotos der Forenbeiträge:

Seite 3: 1. Wolfgang Borrs, 2. dielichtbildmanufaktur, 3. Laurence Chaperon;
Seite 4: 1. Beatrice Teydel, 2. Gabriel Moreno, 3. Difu;
Seite 5: 1. Marlen Helene, 2. Volker Wiciok, 3. Christoph Papsch;
Seite 6: 1. privat, 2. Anja Beutler, 3. Armin Maier, 4. Werner Bartsch;
Seite 7: 1. Alexander Heimann, 2. privat, 3. Theo Klein, 4. Heike Schröder (VDV);
Seite 8: 1. privat, 2. privat, 3. privat, 4. ZGF.

Fotos der Personalien:

Stadt Frankfurt am Main; privat; Stadt Salzgitter, Peter Sierigk; Stadt Bottrop.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.



„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK
Wir fördern Ideen

Deutscher Städtetag

„Zusammenhalten in unseren Städten“

40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
4. bis 6. Juni 2019 in Dortmund

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Bildung

KULTUR.MACHT.HEIMATen

10. Kulturpolitischer Bundeskongress
27. und 28. Juni 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter <https://kupoge.de>

Stadtentwicklung

13. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

13. Bundeskongress des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund
18. bis 20. September 2019 in Stuttgart

Weitere Infos unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Digitalisierung

Smart Country Convention 2019

Ausstellung, Networking, Weiterbildungsangebot und Vortragsprogramm zu digitalen Lösungen für Verwaltung und im öffentlichen Dienst
22. bis 24. Oktober 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter www.smartcountry.berlin

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Mai 2019

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de